

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
Oktober 2010

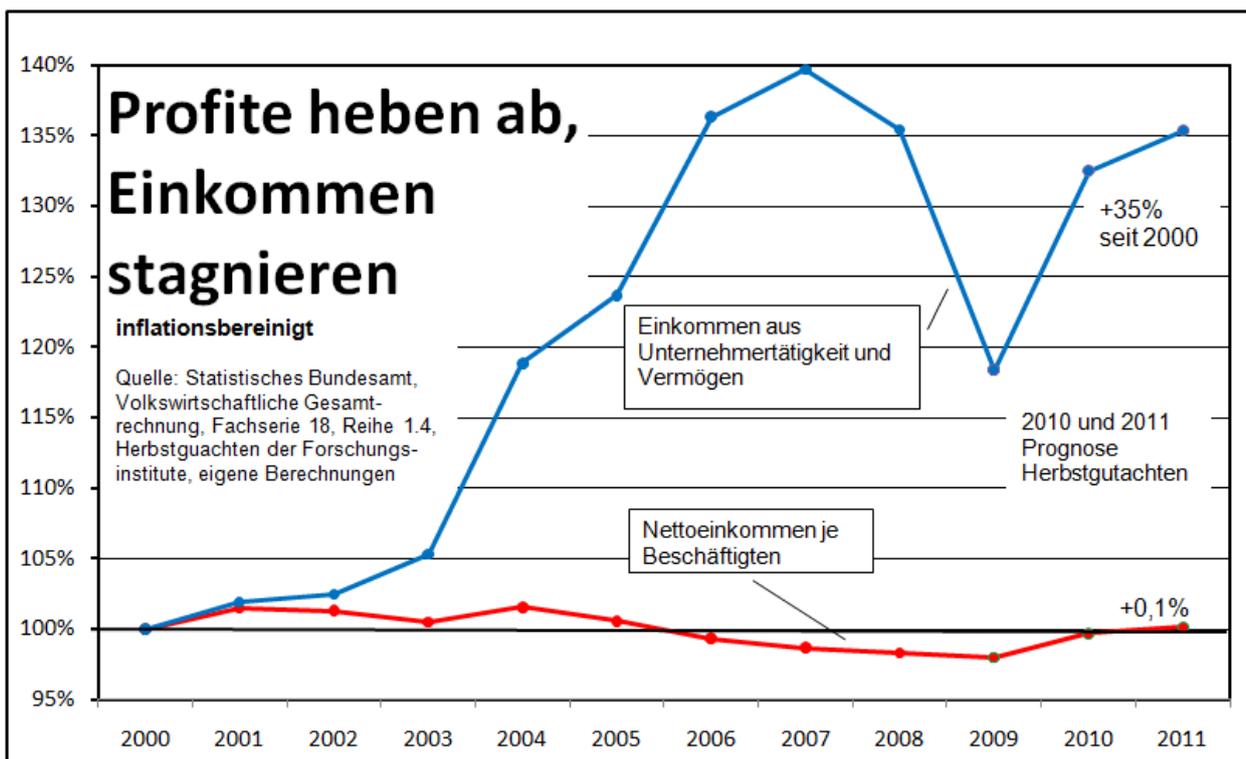
DIE LINKE.

Aufschwung XL oder Strohfeuer?

Wirtschaftsminister Brüderle redet vom „XL-Boom“ und jubelt: „Der Aufschwung ist da, und zwar mit voller Kraft.“ Und *BILD* feiert den „Germany Superstar“. Sicher, kaum ein entwickeltes Industrieland hatte im ersten halben Jahr ein so hohes Wachstum wie Deutschland. Und es wäre schön, wenn es so weiter ginge.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Deutschland 2009 wie kaum ein anderes vergleichba-

res Land mit minus 4,7 Prozent beim Wirtschaftswachstum eingebrochen war. Mit dem jetzigen Wachstum ist das Produktionsniveau von 2008 noch nicht wieder erreicht. Die entscheidende Frage ist, ob die starke Erholung im ersten halben Jahr nur ein konjunkturelles Strohfeuer, oder der Startschuss für langfristige höhere Wachstumsraten war. Die Regierung geht von letzterem aus. Sie hat das Ende der



Krise ausgerufen und will spätestens zum 1. Januar 2011 aus den konjunkturstützenden Maßnahmen aussteigen.

XL ist der Aufschwung der Profite ...

Der Aufschwung ist vor allem ein Aufschwung der Profite. Die Unternehmer haben im ersten Halbjahr ein Plus von rund 20 Prozent eingesackt. Der Einbruch der Profite 2009 ist bereits jetzt wieder fast aufgeholt. Seit 2000 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 35 Prozent angestiegen, selbst wenn man eine großzügige Preisbereinigung durchführt.

Die Profite der Dax-Konzerne legen im gesamten Jahr 2010 einen Anstieg um satte 210 Prozent hin! Sie wachsen damit 85zigmal so schnell wie die Lohnsumme.

... und XS der Aufschwung der Löhne

Den Beschäftigten steht 2010 lediglich ein Plus von 2,4 Prozent ins Haus. Zieht man davon die Preissteigerung von 1,8 Prozent ab, bleiben mickerige 0,6 Prozent übrig. Und das ist wegen des Rückgangs der Kurzarbeit vor allem ein statistischer Sondereffekt.

Konjunkturelle Einschätzung

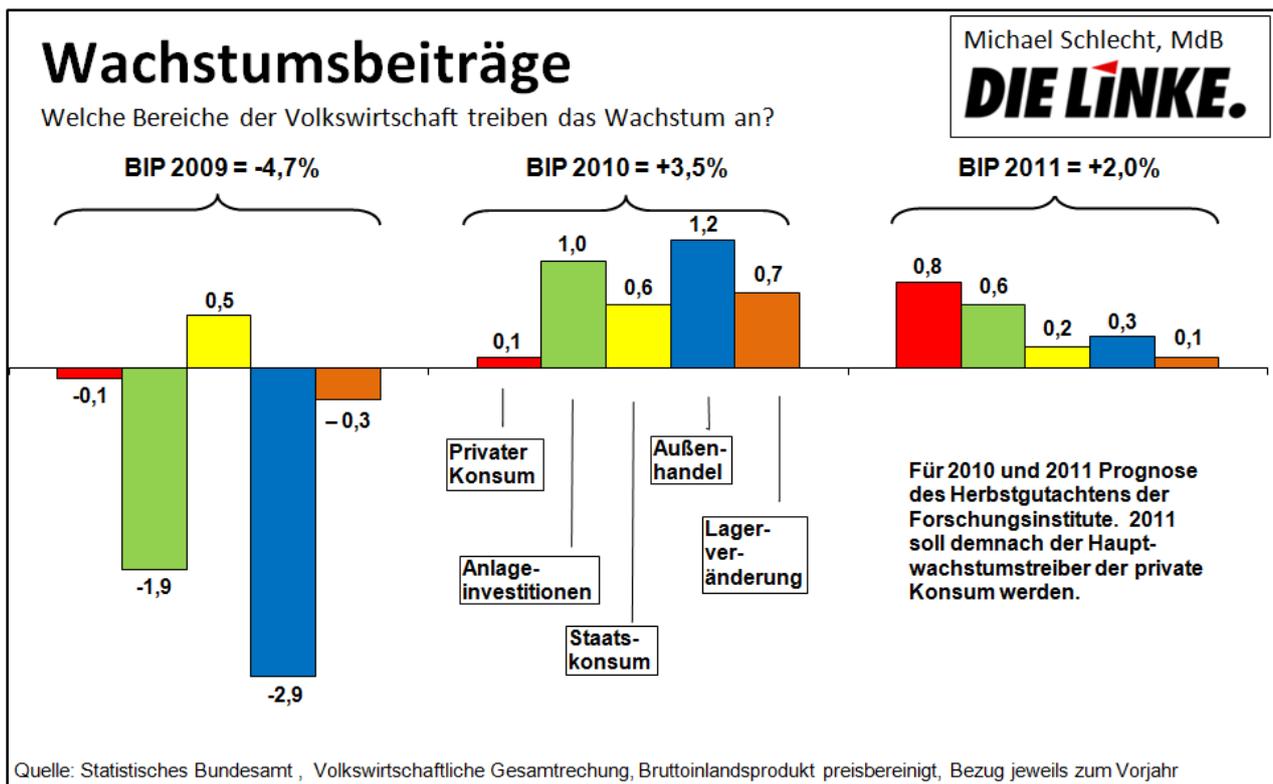
Im Herbstgutachten der Forschungsinstitute wird für dieses Jahr mit 3,5 Prozent und 2011

mit zwei Prozent Wachstum gerechnet. Die Bundesregierung geht von plus 3,4 Prozent bzw. 1,8 Prozent aus. Es besteht Übereinstimmung darin, dass sich die Konjunkturdynamik im nächsten Jahr abschwächen wird. Wie stark diese Abschwächung ist, ist die entscheidende Frage.

Allein ein Fünftel des Wachstums 2010 geht auf die Auffüllung der Lager zurück. Dies wird sich jedoch nicht fortsetzen. Der Außenhandel war zum überwiegenden Teil für den restlichen Wachstumsimpuls verantwortlich. Auch ein großer Teil der Anlageinvestitionen geht auf die Belebung im Exportsektor zurück.

Minister Brüderle hingegen sieht das Wachstum der Investitionen in der Binnenkonjunktur verortet und verkündet: „Die Binnenkonjunktur ist jetzt die entscheidende Kraft.“ Da nimmt er eine Zukunftshoffnung schon für die Gegenwart. Lediglich das – zu schwache – deutsche Konjunkturprogramm steuerte noch 0,6 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Der private Konsum liegt mit 0,1 Prozentpunkten minimal im Plus, nachdem er 2009 um diesen Betrag gesunken ist.

Für 2011 wird vom Export nur noch ein Beitrag von 0,3 Prozentpunkten erwartet. Das Wachs-



tum 2011 soll jedoch entscheidend vom privaten Konsum mit 0,8 Prozentpunkten angetrieben werden. Er soll dann auch die Investitionen voranbringen. Das wäre ein wünschenswerter Strategiewechsel hin zu einer deutlichen Stärkung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung.

Der private Konsum hat jedoch seit 2002 im Durchschnitt nur 0,1 Prozentpunkte Wachstumsbeiträge erbracht. Deshalb erfordert eine Stärkung des privaten Konsums weit mehr, als jetzt von Brüderle und Co. angedacht.

Binnenwirtschaft stützen

Bemerkenswert ist, dass Brüderle und Merkel ebenso wie die Autoren des Herbstgutachtens die Bedeutung der Binnenwirtschaft entdeckt haben. Im Widerspruch dazu stehen jedoch die staatlichen Kürzungsprogramme, die den privaten Konsum beschneiden. Dies gilt auch für die Gesundheitspolitik, die mit Erhöhungen der Beitragssätze vor allem bei den Versicherten den privaten Konsum beeinträchtigen.

„Der Außenhandel wird kaum noch zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen. Damit wird die Inlandsnachfrage das Tempo der Expansion bestimmen.“

(Herbstgutachten 2010)

Höhere Löhne!?

Merkel und Brüderle sowie selbst Westerwelle machen sich stark für höhere Löhne. Dahinter steckt das dumpfe Unwohlsein, dass der Weltmarkt und damit die alleinige Exportorientierung sehr unsicher sind. Und dass eben auch der Binnenmarkt nicht zu vernachlässigen ist.

Aber es reicht überhaupt nicht die Gewerkschaften zu ermuntern deutliche Lohnsteigerungen durchzusetzen. Das ist so, als wenn man einem Menschen mit einem Bein auffordert richtig schnell zu laufen. Für die Amputation ist die Politik der letzten zehn Jahre maßgeblich verantwortlich.

Nur noch die Hälfte der Beschäftigten stehen heute unter dem Schutz gewerkschaftlicher Flächentarifverträge. Die Tarifbindung ist in den letzten 15 Jahren deutlich erodiert.

Besonders verheerend sind die Auswirkungen der Agenda 2010. Immer mehr Menschen arbeiten nur noch befristet, in Leiharbeit oder haben einen Minijob. Gleichzeitig führt das massive Lohndumping in den ungeschützten Bereichen zu einem erheblichen Druck auf den Tarifbereich. Zum Teil werden sogar Tariflohnsenkungen erzwungen – auch mit der Androhung von Massenentlassungen.

2011 steht die Erhöhung für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie mit 2,7 Prozent bereits fest. Höhere Löhne durch neue tarifvertragliche Regelungen kann es ohnehin nur für 7,5 Millionen Beschäftigte geben. Denn Einkommenstarifverträge werden nur in bestimmten Branchen neu verhandelt.

Bedeutsam sind darunter die Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder. Hier könnte die Regierung mit einer Verbesserung der Finanzausstattung der Länder helfen, etwa durch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Weitere wichtige Tarifbereiche, in denen verhandelt wird, sind die Volkswagen AG, die chemische Industrie und das Bauhauptgewerbe.

„Einen Ansatzpunkt, die Binnen- nachfrage zu stärken, könnte die Abkehr von der Lohnzurückhaltung der Vorkrisenjahre bieten.“

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht Nr. 35/2010)

Da die gewerkschaftliche Lohnpolitik nur sehr begrenzt eine deutliche Steigerung des privaten Konsums herbeiführen kann, sollten Merkel und Brüderle in ihrem eigenen Handlungsfeld aktiv werden. Vor allem der gesetzliche Mindestlohn mit 10 Euro müsste eingeführt werden. Und bei der Leiharbeit ist mindestens der Grundsatz der gleichen Bezahlung durchzusetzen, ebenso wie strenge Regeln für befristete Arbeitsverhältnisse.

Generell müssten von Seiten der Politik die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Hierzu gehören die seit langem geforderten gesetzlichen Verbesserungen, wie die Einführung eines Verbandsklagerechtes für die Gewerkschaften, die deutlich erleichterte

Herstellung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und der Schutz von Beschäftigten bei einem Betriebsübergang durch Veränderungen im § 613a BGB. Kein Unternehmer darf sich mehr durch Outsourcing der Tarifbindung entziehen.

Vor allem müssen die Regelungen von Hartz IV überwunden werden. Die Sanktionsmöglichkeiten sind zu beseitigen. Sie sind nicht nur unsozial, ja despotisch, sie führen auch zu einem Klima der Angst und Einschüchterung der noch Beschäftigten. Dies führt zu einer erheblichen Disziplinierung bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen. Wenn die Regierung wirklich den privaten Konsum stärken wollte, müsste sie das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöhen und die Rentenformel wieder herstellen.

Öffentliche Investitionen ausweiten

Die Binnenwirtschaft muss aber auch vom Staat gestärkt werden. Auch deshalb ist DIE LINKE gegen die geplanten Kürzungen. Vielmehr brauchen wir ein dauerhaftes Zukunftsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich. Das wäre ein kräftiger Impuls für ein nachhaltiges Wachstum und daher noch besser als ein kurzfristiges Konjunkturprogramm. Der Rückstand Deutschlands bei den öffentlichen Investitionen würde beseitigt.

Das Zukunftsprogramm soll 50 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr und Energiewende umfassen. Weitere 50 Milliarden Euro sollen Jobs im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Bildung und Kinderbetreuung, schaffen. Für einen Zukunftsfonds zur Finanzierung des sozial-ökologischen Strukturwandels der Industrie bzw. öffentlicher Beteiligungen sind 25 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt entstünden im öffentlichen Sektor wie in der privaten Wirtschaft zwei Millionen neue Jobs. Hinzu kommen 500.000 Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Bereich.

Das wäre ein kräftiger Schub für die Binnenwirtschaft. Das Zukunftsprogramm finanziert sich über höhere Steuereinnahmen und die Entlastung der Sozialversicherung zu mindestens 50 Prozent selbst.

Die Kommunen und damit der Lebensmittelpunkt der Menschen würden vom Zukunftsprogramm besonders profitieren. Denn zwei Drittel der öffentlichen Investitionen laufen über die Kommunen. Dort ist die Situation besonders dramatisch. Sie verfügen kaum über eigene Steuermittel. Die Steuerpolitik der Bundesregierung macht es ihnen zunehmend schwerer, ihre Infrastruktur zu pflegen. Bibliotheken, Schwimmbäder und Theater werden geschlossen. Der Deutsche Städtetag befürchtet für 2010 ein Defizit von 15 Milliarden Euro.

Millionäre zur Kasse

Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 160 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen – bei deutlicher Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Eine Forderung ist dabei besonders wichtig: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer. DIE LINKE will Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Diese Millionärsteuer brächte jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro. Da die Vermögensteuer eine Ländersteuer ist, führt sie unmittelbar zu einer Stärkung vor Ort indem die Mehreinnahmen zumindest zum Teil an die Kommunen weitergeleitet werden.

Wackelige wirtschaftliche Aussichten

Die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung ist vor allem notwendig, da die weltwirtschaftlichen Perspektiven voller Risiken sind. Selbst der 2011 im Herbstgutachten angenommene nur noch bescheidene Beitrag zum Wirtschaftswachstum von Seiten des Außenhandels um 0,3 Prozentpunkte ist letztlich nicht sicher.

Risiko Nr. 1: Die Konjunktur in den USA

Die USA haben in der Krise große Konjunkturprogramme aufgelegt. Der private Konsum nimmt für amerikanische Verhältnisse aber trotzdem nur moderat zu. Schuld daran ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die hohe private Verschuldung. Der Konsumklimaindex der Universität Michigan hat sich im Oktober zum Vormonat weiter eingetrübt und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit rund einem Jahr.

„Die Amerikaner sparen sich zu Tode.“
 Harvard-Ökonom Martin Feldstein
 (WirtschaftsWoche, 2. Sept. 2010)

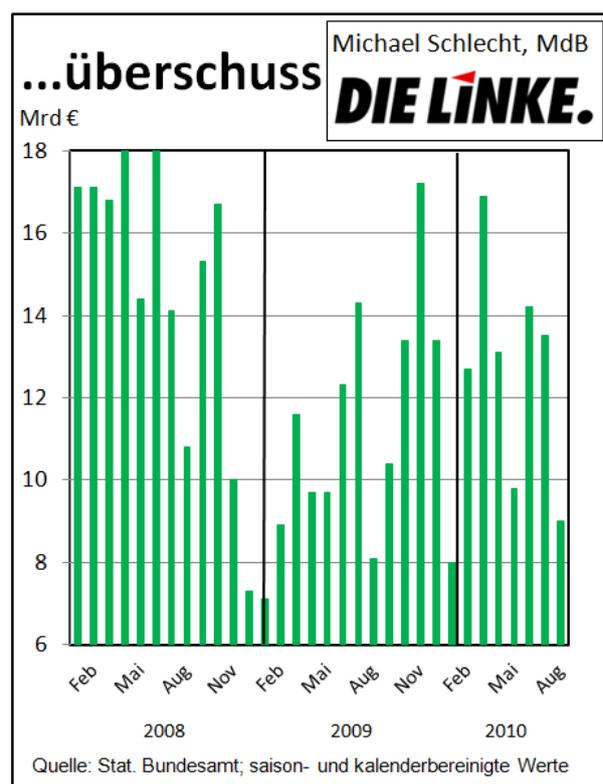
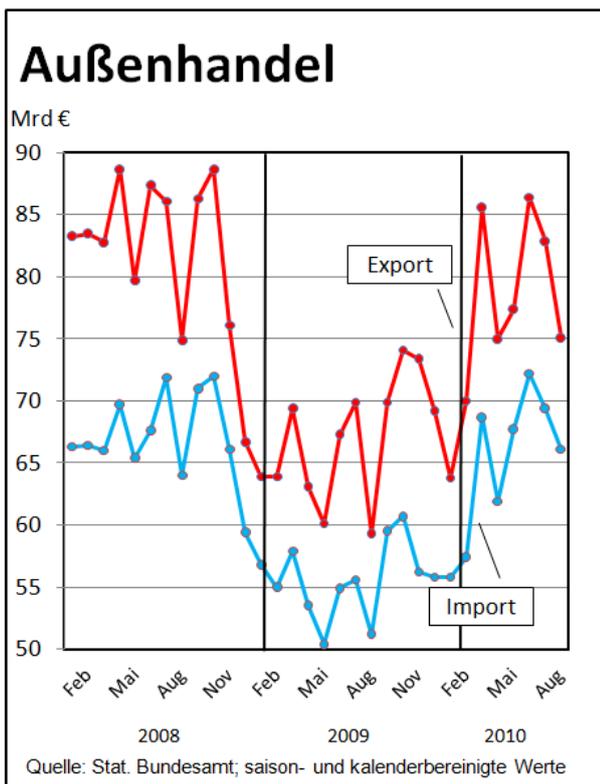
Die Gesamtverschuldung der amerikanischen Verbraucher sinkt seit dem Frühjahr 2008 langsam. Die Sparquote der privaten Haushalte steigt in den USA weiter an. Sie erreichte im Juni den Wert von 6,4 Prozent des verfügbaren Einkommens. Dadurch werden die amerikanischen Konsumausgaben gebremst und auch weniger Waren und Dienstleistungen aus Deutschland gekauft. Wenn die Sparquote weiter so schnell ansteigt, wäre bald das Niveau von neun Prozent aus dem Jahr 1985 erreicht. „Falls dies tatsächlich so schnell passiert, könnten die Ausgaben insgesamt Abnehmen und die Wirtschaft in eine doppelte Rezession abgleiten lassen“, meint der Ökonomeprofessor Martin Feldstein von der Harvard-Universität. In den USA ziehen die Banken monatlich fast 50.000 Häuser durch Zwangsvollstreckungen ein. Da die Banker diese Immobilien irgendwann zu Geld machen wollen, erzeugt das einen enormen Angebotsdruck. Auf der anderen Seite leidet die Nachfrage durch den Wegfall von Steuergutschriften für Immobilienkäufer. Experten rechnen deshalb damit, dass die Preise unter Druck bleiben.

Fest steht, dass im ersten Halbjahr 2010 das Wachstum in den USA lediglich 1,6 Prozent betrug und die Prognosen für das gesamte Jahr gesenkt wurden. Trotzdem laufen auch in den USA die Konjunkturprogramme in nächster Zeit aus. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz forderte deshalb Anfang September, dass die amerikanische Regierung mit öffentlichen Investitionen nachlegen müsste.

Die deutschen Exporte in die USA sind in den letzten 12 Monaten stark gestiegen, wenn auch der Anteil der deutschen Exporte in die USA in den letzten fünf Jahren um sieben Prozent gesunken ist. Gleichwohl würde eine erneute Rezession in den Vereinigten Staaten die Weltwirtschaft nach unten drücken und insofern auch mittelbar die deutsche Exportwirtschaft.

Risiko 2: Der Währungskrieg

Durch die anhaltend hohe Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte, bleibt den USA nur noch die Möglichkeit durch die Steigerung ihrer Exporte aus der Wachstumsschwäche heraus zu kommen. Das funktioniert aber nur, wenn China und Deutschland im Gegenzug ihre enormen Exportüberschüsse abbauen. Deshalb hat der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner wiederholt von der deutschen



Regierung Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage und von China die Aufwertung seiner Währung Renminbi gefordert.

Da die USA mit ihrem Anliegen auf taube Ohren stoßen, steigern sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch einen schwachen Dollar. Faktisch drucken sie mehr Geld, indem die amerikanische Zentralbank weitere Staatsanleihen kauft. Dies macht den Dollar gegenüber den anderen Währungen erheblich billiger und damit die US-Waren auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger.

„Wenn der Euro zu stark belastet wird, könnte die Wirtschaft in Europa geschwächt werden.“

Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet

Nachdem der Euro durch die Spekulationen gegen die europäischen Südstaaten in der ersten Jahreshälfte zunächst 18 Prozent an Wert verlor, hat sich der Wind in den letzten drei Monaten komplett gedreht. Seit seinem Tief im Juni 2010 hat der Euro gegenüber dem US-Dollar wieder um 18 Prozent zugelegt - Tendenz weiter steigend. Die Devisenkursentwicklung wird die deutschen Exporte in den nächsten Monaten eher dämpfen.

Der Dollar hat auch gegenüber den meisten anderen Währungen massiv an Wert verloren:

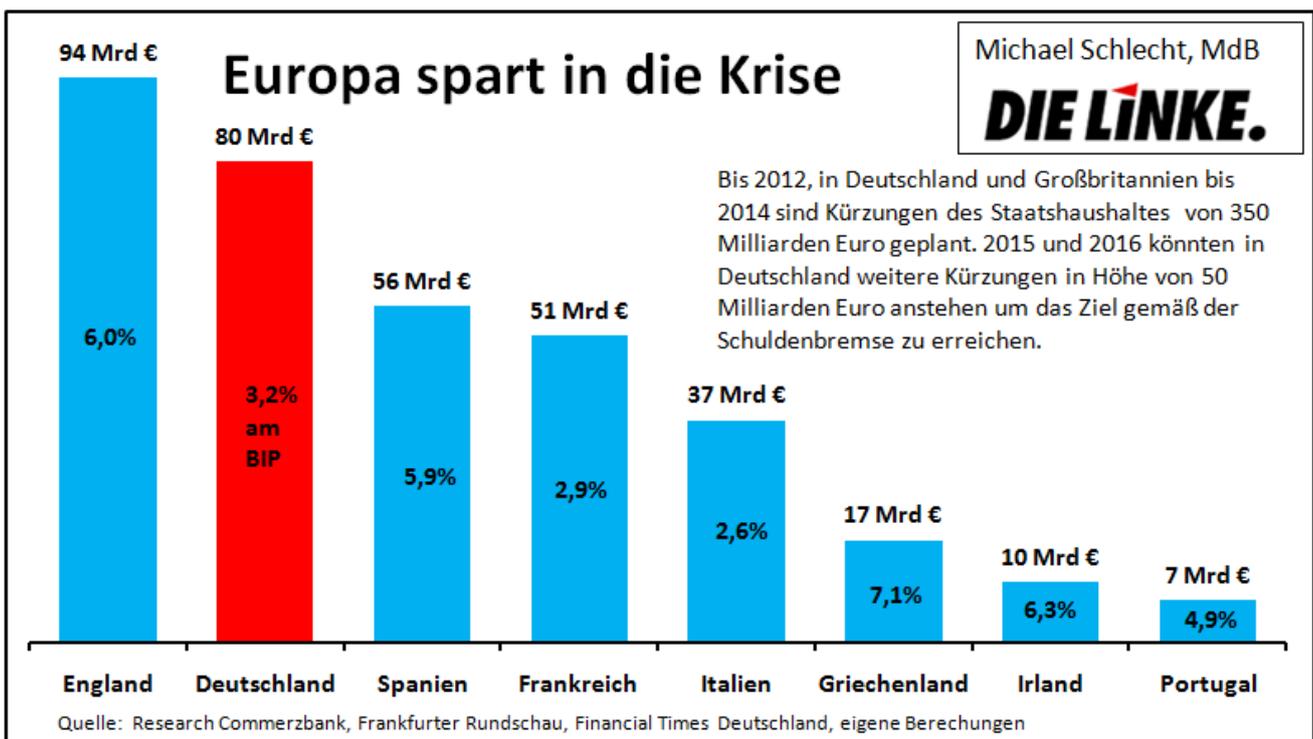
„Wir befinden uns inmitten eines internationalen Währungskriegs“, meint der brasilianische Finanzminister. Die japanische Notenbank hat bereits ohne große Wirkung mit einer massiven Intervention versucht, den Kurs des japanischen Yen gegenüber dem Dollar zu drücken. Und die USA beraten gerade ein Gesetz, um mit Handelssanktionen auf chinesische Wechselkursmanipulationen reagieren zu können. Der Grund: China ist durch die feste Bindung seiner Währung gegenüber dem Dollar nicht von der Dollarabwertung betroffen. Der Euro dagegen hat gegenüber fast allen wichtigen Währungen in den letzten Monaten aufgewertet. Die Europäische Zentralbank lehnt eine aktive Wechselkurspolitik ab.

Ein international abgestimmtes Wechselkurs-system wird immer wichtiger, um diese chaotische Situation auf den Devisenmärkten zu beenden.

Risiko 3: Die Immobilienblase in China

China ist durch seine massiven Konjunkturprogramme zu einem sich selbsttragenden Wachstum zurückgekehrt. Das zeigen auch die stark ansteigenden Warenexporte aus Deutschland in das Reich der Mitte.

Die Entwicklung in China hat aber den Makel, dass dort jeder Zeit die Immobilienblase plat-



zen könnte. „Die Chinesen kaufen mehr Immobilien, als sie für den persönlichen Bedarf benötigen. Sie spekulieren“, so der Fondsmanager Klaus Kaldermorgen in der *Financial Times Deutschland*. Seit 2003 sind die Grundstückspreise um 800 Prozent gestiegen. Die Hälfte des Anstiegs geschah in den letzten zwei Jahren. Die chinesische Regierung versucht bereits die extreme Kreditexpansion zu drosseln.

Risiko 4: Europa spart sich in die Krise

Der Einbruch des Wachstums, die Bankenrettung sowie die notwendigen Konjunkturpakete haben die Staatsverschuldung in ganz Europa erhöht.

In den nächsten Jahren werden in den EU-Staaten massive Kürzungsprogramme von mehr als 350 Milliarden Euro durchgedrückt. Vor allem Merkel hat dies betrieben. Sie ist sogar noch stolz darauf, dass sie der griechischen Regierung ein Programm aufzwang, das auf Deutschland umgerechnet ein Volumen von 300 Milliarden Euro hätte. Ein Rettungsring aus Blei.

Die Kürzungspakete sind nicht nur ein sozialer Skandal, sondern katastrophal für Europas Wirtschaft. Wenn alle gleichzeitig kürzen, bricht das der Wirtschaft das Genick. Die Wirtschaft

droht weiter abzuschmieren, die Schulden zu explodieren.

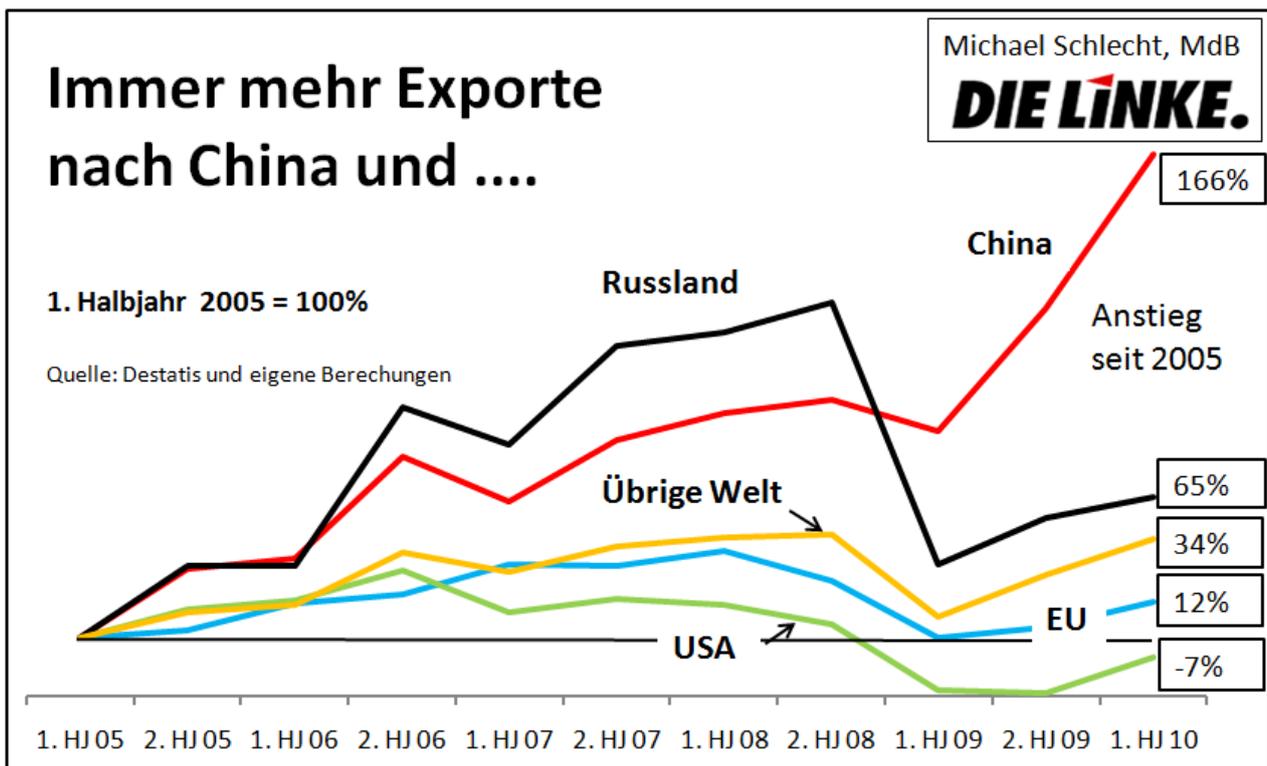
„Stärkeres Sparen führt zum Spar-Paradoxon: Es vertieft die Rezession und verschlechtert die Schuldenquote.“

Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor, New York (*Handelsblatt* 15. März 2010)

Die Ergebnisse werden jetzt sichtbar: In Griechenland schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal 2010 um 1,5 Prozent und in Irland um 1,2 Prozent. In Spanien, Italien und Frankreich wuchs die Wirtschaft im selben Zeitraum um mickrige 0,25 bis 0,5 Prozent. Die konjunkturelle Lage bleibt schlecht: Im Juli sanken die Auftragseingänge der Industrie in den EU-Staaten im Monatsvergleich um 2,4 Prozent.

Die schwachen Wachstumszahlen in Irland und gleichzeitig höhere Kosten für die Bankenrettung nahmen Finanzzocker zum Anlass, um verstärkt auf den irischen Staatsbankrott zu wetten. Die Zinsen für irische Staatsanleihen stiegen auf ein neues Rekordhoch. Danach forderte der irische Zentralbankchef noch höhere Einschnitte im öffentlichen Haushalt, um das „Vertrauen der Märkte“ zurückzugewinnen.

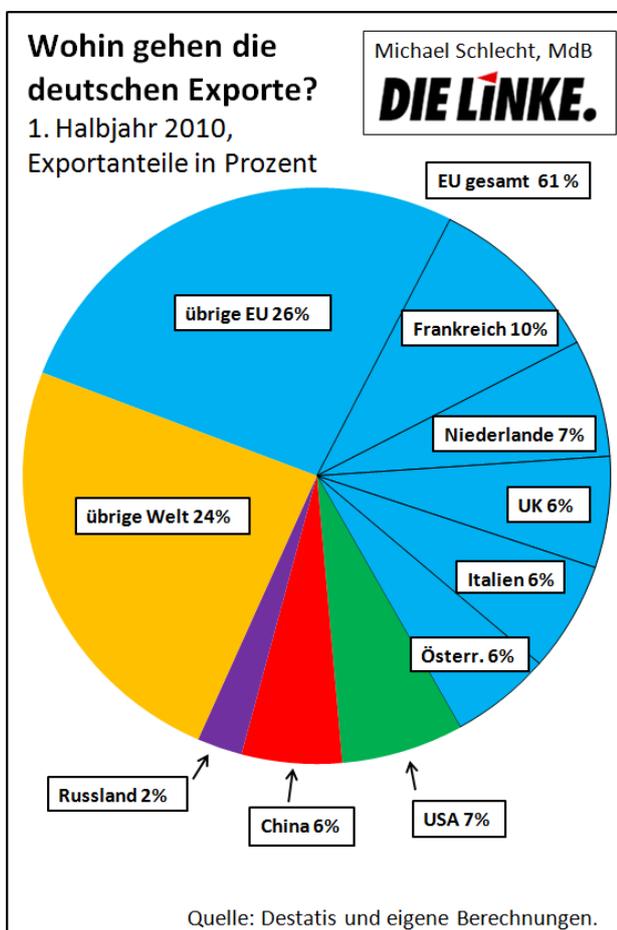
Die Kürzungspakete schaden insbesondere Deutschland. Denn mehr als 60 Prozent der



deutschen Ausfuhren gehen in die EU. Wenn die EU-Partner den Gürtel enger schnallen, werden sie weniger Waren und Dienstleistungen aus Deutschland importieren.

Mit weiteren Konjunkturprogrammen hätte die deutsche Regierung die Ankurbelung des Binnenmarktes vorantreiben können. Dies wäre nicht nur im Interesse der eigenen Bevölkerung gewesen, sondern hätte auch die finanzschwachen Länder durch höhere Importe unterstützt.

Der größte Sprengsatz der Eurozone, nämlich die ungleichen Leistungsbilanzen, hätte auf diesem Weg entschärft werden können. Stattdessen macht die Regierung das Gegenteil und hat eines der größten Sparpakete in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt. Jetzt sparen alle um die Wette. Damit wird die Binnenwirtschaft noch weiter abgewürgt und weniger Waren von den bereits gebeutelten EU-Nachbarn gekauft. Ohne einen richtigen Aufschwung in ganz Europa bleibt aber die weitere Entwicklung in Deutschland vor allem von der unsicheren Konjunktur in China und den USA abhängig.



5. Risiko: Finanzkrise schwelt weiter

Die Europäische Zentralbank schreibt in ihrem Juni-Monatsbericht, dass am 6. und 7. Mai der Kollaps des europäischen Finanzmarktes drohte. Deswegen hat sie direkt in den Markt eingegriffen und seit Mai für mehr als 60 Milliarden Euro Staatsanleihen angekauft. Das Ziel damit die Kurse von griechischen, irischen oder portugiesischen Anleihen zu erhöhen und damit die Zinsen zu senken, gelang nur vorübergehend. Inzwischen erreichten die Risikoaufschläge dieser Länder Ende September wieder ihre Rekordwerte vom Frühjahr.

Zwei Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers legte die EU-Kommission den Versuch einer Regulation für die Finanzbranche vor. Das Ergebnis ist ein Witz. Selbst ungedeckte Leerverkäufe bleiben möglich. Und die Versuche, die Geschäfte mit Derivaten zu standardisieren und transparenter zu machen, werden die nächste Krise nicht verhindern. Das gleiche gilt für Basel III, womit lediglich die Kernkapitalquote der Banken moderat erhöht wird, während die Spekulation mit finanziellen Massenvernichtungswaffen erlaubt bleibt.

„Kein Finanzmarkt darf Wild-West-Gebiet bleiben.“

EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (Neue Züricher Zeitung, 15. Sept. 2010)

Die Aufstockung der Garantien für die verstaatlichte „Hypo Real Estate“-Bank (HRE) in einer „Nacht- und Nebelaktion“ um 40 Milliarden Euro hat gezeigt, dass die Aufräumarbeiten in den Bilanzen der Banken zu Lasten des Steuerzahlers weitergehen. Mit diesen zusätzlichen Garantien sollen die Transaktionen von Giftpapieren im Wert von 191 Milliarden Euro in eine „Bad Bank“ ermöglicht werden. Die HRE erhält im Gegenzug von der öffentlichen Hand garantierte Schuldverschreibungen von erstklassiger Bonität. Der Wertpapiermüll wird stattdessen auf die Allgemeinheit übertragen und mit Steuergeldern abgesichert. Die ausgelagerten rund 200 Milliarden werden als staatliche Schulden verbucht. Allein dadurch steigt die Schuldenquote um acht Prozent.

Die Risikoübernahme durch den Steuerzahler soll die Reprivatisierung der HRE und damit wieder private Profite ermöglichen. Die Finanzaristokratie kann diesen Zeitpunkt nicht abwarten und bereichert sich schon jetzt auf Kosten der Steuerzahler. Die verstaatlichte HRE machte im letzten Jahr 2,2 Milliarden Euro Verlust. Trotzdem zahlte sie ihren „Top-Managern“ Prämien in Höhe von 25 Millionen Euro aus.

Generelle Risiken der Exportabhängigkeit

Die extreme Exportorientierung ist maßgeblich für die internationalen Ungleichgewichte in den Kapital- und Leistungsbilanzen verantwortlich. Deutschland weist weltweit den höchsten Leistungsbilanzüberschuss pro Einwohner aus. In Deutschland führt das zu einem international einzigartig stark schwankenden Wachstum.

Deutschland hat in den letzten zehn Jahren Exportüberschüsse von über 1,4 Billionen Euro angehäuft. Diesen Überschüssen muss eine entsprechende Verschuldung in anderen Ländern gegenüber stehen und befördert dortige Finanzkrisen. Innerhalb der EU ist das ein Sprengsatz. Wird wieder eine Entwertung der Forderungen fällig, führt dies zu einer ungleichen Umverteilung. Der Grund: für die dann nötigen Stabilisierungsmaßnahmen zahlen alle

und nicht nur diejenigen, die in der Exportindustrie und der Finanzbranche vorher vom Entstehen der Ungleichgewichte profitiert haben.

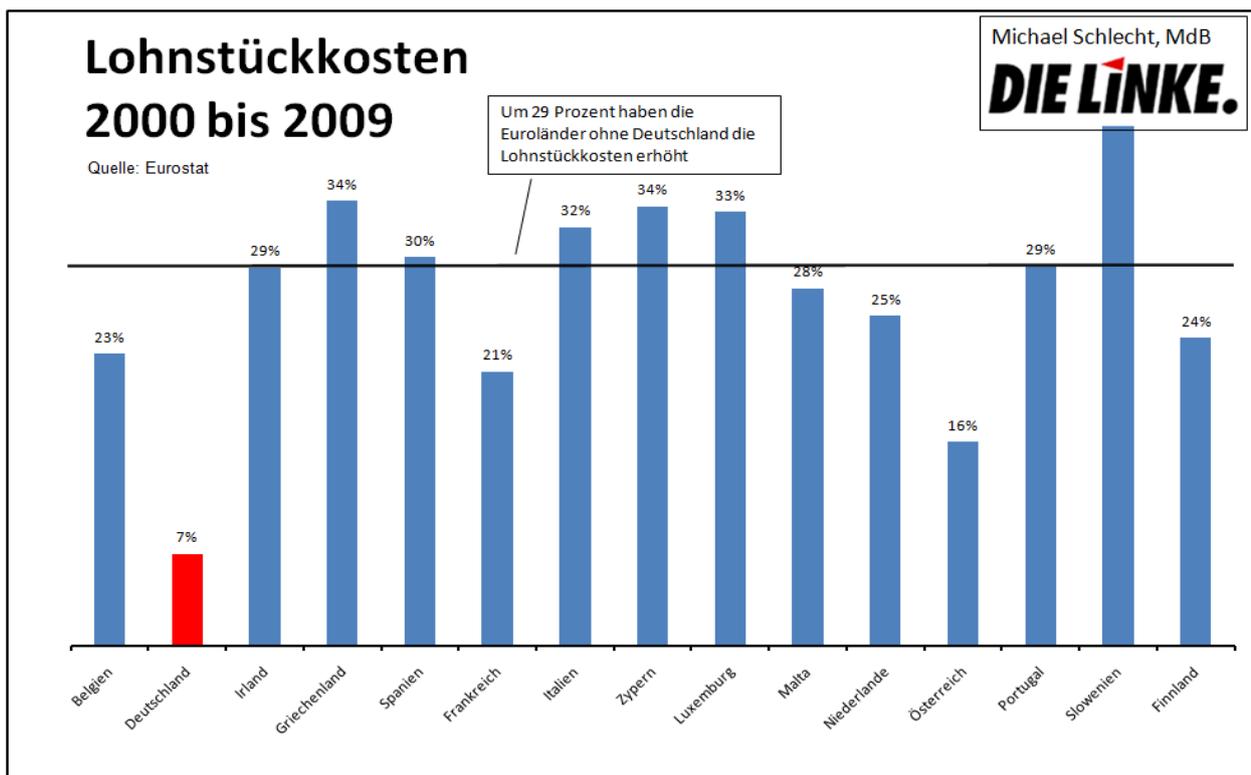
„Das deutsche Wachstum dürfte in diesem Jahr zu etwa drei Vierteln vom Außenbeitrag gestützt werden.“

Unctad-Chefökonom Heiner Flassbeck (Financial Times, 13. Sept. 2010)

Die Exportüberschüsse haben vor allem zwei Ursachen: Deutsche Billiglöhne und Steuerdumping für Unternehmen. Die Lohnstückkosten, also die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, sind eine wichtige Kennziffer für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Von 2000 bis 2009 sind sie im Durchschnitt der Euro-Zone – ohne Deutschland – um 29 Prozent gestiegen, in den Euro-Südländern um 29 bis 34 Prozent. Nur in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sieben Prozent!

Das deutsche Lohndumping hat einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Lohndumping, Minijobs und Hartz IV. So wurde nicht nur der Sozialstaat mit Füßen getreten, sondern die Unternehmer erhielten auch eine Streittaxt zur Eroberung ausländischer Märkte.

Anderen Regierungen reißt in Anbetracht dieser andauernden Außenhandelsaggressivität



langsam der diplomatische Geduldsfaden. US-Finanzminister Geithner fordert international verbindliche Regeln zum Abbau der Außenhandelsungleichgewichte. So könnte auch leichter ein globaler Währungspakt geschlossen werden. Diese Vereinbarung würde bedeuten, dass Exportüberschussländer wie Deutschland, China und Japan verpflichtet würden, die Binnennachfrage anzukurbeln. Für Wirtschaftsminister Brüderle ist dies alles nur Anlass vor einem „Rückfall in planwirtschaftliches Denken“ zu warnen.

Die Bevölkerung bezahlt die Krise

Statt die Profiteure und Verursacher der Krise in die Pflicht zu nehmen, wird die Bevölkerung abkassiert. Mit dem Kürzungspaket der Bundesregierung sollen die öffentlichen Haushalte bis 2014 die Rekordsumme von 80 Milliarden Euro einsparen.

Merkel will bis 2016 die Neuverschuldung wegen der Schuldenbremse fast auf null drücken. Um dieses Ziel zu erreichen, genügen die geplanten 80 Milliarden nicht. Für die Jahre 2015 und 2016 droht der zweite Teil der Sparorgie mit weiteren 50 Milliarden Euro.

Die Regierung holt sich das Geld bei der Bevölkerung. Sie will allein 30 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben wegekürzen. Getroffen werden vor allem Erwerbslose. Um 13 Milliarden Euro in der öffentlichen Verwaltung zu streichen werden 15.000 Stellen abgebaut.

80 Prozent der Bevölkerung empfinden das Sparpaket als sozial ungerecht.

TNS Emnid (8. Sept.2010)

Bei den mächtigen Lobbyisten gibt sich die Regierung dagegen großzügig:

Atomlobby strahlt: Die Laufzeiten für Kernkraftwerke sollen verlängert werden. Dadurch winken den Stromkonzernen zusätzliche Profite in Höhe von 67 Milliarden Euro. Die Brennelementesteuer wird nur einen Bruchteil dieser zusätzlichen Gewinne abschöpfen. Dabei hat der Energiekonzern E.ON mit 8,5 Milliarden Euro Nettogewinn bereits letztes Jahr den höchsten Gewinn unter den 30 Dax-Konzernen eingefahren. Die Energiehaie haben in demo-

kratizerstörender Art und Weise der Regierung die Steuergesetzgebung in eigener Sache diktiert. Notwendig wären stattdessen der Ausstieg aus der Kernenergie und massive Investitionen in erneuerbare Energien.

Schonprogramm für die Banken: Die Bundesregierung hat ein Herz für Banken. Die Regierung will eine Bankenabgabe, die gerade einmal 1,2 Milliarden Euro jährlich einbringen soll.

Die winzige Bankenabgabe soll als quasi Versicherung der Banken gegen zukünftige Finanzkrisen dienen. Für die aktuelle Krise sollen die Banken aber nicht bezahlen. Und mit den niedrigen Beiträgen darf die nächste Finanzkrise erst wieder in 400 Jahren kommen, sonst zahlt trotzdem wieder die Bevölkerung.

Finanzsteuer hängt in der Luft: Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer zwar aufgegeben. Kanzlerin Merkel macht die Einführung aber von einer nicht absehbaren europäischen Lösung abhängig. Damit sind sogar die vom Finanzminister im Haushalt eingeplanten Einnahmen aus dieser Steuer von lächerlichen zwei Milliarden Euro jährlich eine Luftnummer.

Sozialabbau und Krise stoppen!

Mit der Millionärsteuer und den weiteren steuerpolitischen Forderungen der LINKEN wäre keine einzige Sozialkürzung notwendig, kein einziger Job im öffentlichen Dienst müsste gestrichen werden. Im Gegenteil: Die Regierung hätte Geld, um in die Zukunft zu investieren und die Wirtschaft zu stabilisieren, etwa durch öffentliche Investitionen in bessere Schulen und Universitäten, moderne und ökologische Verkehrssysteme und die Energiewende. Und es wäre Geld vorhanden um die Neuverschuldung zurückzuführen.

Ob die Regierung mit ihrer unsozialen und lobbyistenfreundlichen Politik durchkommt, oder ob ein politischer Wechsel möglich wird, entscheidet sich vor allem in den Protesten und Demonstrationen. Auf der Straße entscheidet sich die Zukunft unseres Landes!